

# Geld soll zurück an die Bevölkerung

Bericht aus dem Grossen Rat



Alex Reimann,  
Grossrat SVP,  
Wölflinswil

AARGAU. Pünktlich um 10 Uhr begann die Grossratsitzung. Von den 140 Grossratsmitgliedern waren jedoch nur 132 anwesend. Zunächst wurden Benjamin Engeli aus Unterentfelden als neues Mitglied des Kuratoriums und Matthias Meier aus Rheinfelden als ausserordentlicher Stellvertreter der Gerichtspräsidentin des Bezirksgerichts Rheinfelden in Pflicht genommen.

Kontrovers wurde ein Postulat der FDP-Fraktion diskutiert, bei dem es darum ging, dass der Kanton der Bevölkerung die Überschüsse der Kantonsrechnung jeweils zurückerstattet soll. Der Vorstoss gründet darauf, dass in den vergangenen Jahren jeweils die Jahresrechnung deutlich besser ausfiel, als dies budgetiert war und entsprechend die Bürger mehr Steuern bezahlten, als sie als Leistung erhalten haben. Die Ratslinke wehrte sich gegen die Rückvergütung, da sie lieber in verschiedenen Bereichen mehr Gelder investieren würde. Schliesslich setzte sich Mitte-Rechts mit 94 zu 33 Stimmen durch und das Postulat wurde an den Regierungsrat über-

wiesen. Bereits vor zwei Wochen hat der Grosse Rat über die Totalrevision des Schulgesetzes debattiert. Über 40 Jahre alt ist die jetzige Fassung des Gesetzes, 46 Teilrevisionen haben ihre Spuren in den Paragraphen hinterlassen. Gesetzesartikel wurden gestrichen und umformuliert, geändert und erweitert. Kurz: Die Lesbarkeit und Struktur hat gelitten. Die neuen Gesetze werden sprachlich an die heutige Zeit angepasst und die darin enthaltenen Regelungen gemäss den neueren Entwicklungen und der Rechtsprechung ausgestaltet. So werden verschiedene Anliegen aus überwiesenen parlamentarischen Vorstössen aufgenommen, auftragsgemäss und zielgerichtet umgesetzt und entsprechend in neue gesetzliche Grundlagen gegossen. Dennoch soll mit den Neuerungen Mass gehalten werden. Da geht es zum Beispiel um Bild-, Ton- und Videoaufnahmen. Ein Absatz im neuen Schulgesetz fordert die Zustimmung der Eltern für solche Aufnahmen bei Schulanlässen. Eine Minderheit der Kommission möchte diesen Absatz ganz streichen. Das Parlament lehnt diesen Minderheitsantrag mit einer Gegenstimme klar ab. Es bedarf somit weiterhin der Zustimmung der Eltern für solche Aufnahmen. Oder Kinder an Privatschulen müssen nicht den gleichen schulärztlichen Dienst besuchen wie Schülerinnen

und Schüler von öffentlichen Schulen. Das hat der Grosse Rat mit 62:60 Stimmen entschieden. Eine Minderheit der Kommission BKS (Bildung, Kultur und Sport) fordert, dass der Grosse Rat über die Durchführung von Pilotprojekten an den Schulen, die von kantonalen Regelungen abweichen, informiert wird. Dies solle nur für zusätzliche Bürokratie, finden die meisten Sprechenden von rechts bis links. Das sieht auch eine Mehrheit des Parlaments so. Der Minderheitsantrag wird abgelehnt. Der Regierungsrat

muss jetzt die Prüfungsanträge abklären. Das überarbeitete Schulgesetz wird dann in der 2. Beratung zu einem späteren Zeitpunkt im Grossen Rat beschlossen.

Zum Schluss des Tages hat FDP-Grossrätin Sabina Freiermuth in einer Motion die flächendeckende Einführung von Förderklassen gefordert und damit eigentlich die Abkehr von der sogenannten integrativen Schule. Eine lange Diskussion war die Folge. Schliesslich lehnte das Parlament die Motion ab, mit 75 zu 53 Stimmen.

## KOMMENTAR

### Überschaubare Auswirkungen

Die Totalrevision des Schulgesetzes betrifft im Wesentlichen folgende Themen: Verbindlichere Zusammenarbeit der Gemeinden. Eintrag von Absenzen in Zwischenberichten und Zeugnissen. Schule im digitalen Wandel, inklusive Bildungs-Identität.

Sprach- und Kulturaustausch. Datenschutz. Rechtsschutz. Entscheid Sonderschulung und ausnahmsweise Kostengutsprache bei Schulung in einer Privatschule in besonderen Einzelfällen. Die finanziellen und personellen Auswirkungen der Totalrevision des Schulgesetzes bleiben

überschaubar. Sie konzentrieren sich weitgehend auf die Änderung der Zuständigkeit von den Gemeinden zum Kanton bei der Sonderschulzuweisung. Dadurch können die Gemeinden von komplexen Entscheidungen entlastet werden. Von den übrigen Neuerungen basieren einige auf nicht zwingenden Regelungen und werden deshalb nur insoweit Kostenfolgen haben, wenn bei einer Umsetzung später auch tatsächlich Kredite gesprochen werden.

ALEX REIMANN, WÖLFLINSWIL

## Ein neues Zentrum für Bienen und Bildung

Grosses Projekt des Imkervereins Bezirk Rheinfelden

In Zuzgen soll das «Bienenzentrum Unteres Fricktal» entstehen. Der Imkerverein Bezirk Rheinfelden rechnet mit Investitionen von rund 160 000 Franken. Spenden und Sponsoringbeiträge sind gefragt.

Valentin Zumsteg

ZUZGEN. «Das ist das grösste Projekt, das unser Verein je in Angriff genommen hat», erklärt Brigitte Denk. Die Präsidentin des Imkervereins Bezirk Rheinfelden stellte am Montagnachmittag zusammen mit André Lanz, Michael Schindler und Anna Tina Heuss die Pläne für das «Bienenzentrum Unteres Fricktal» vor, das im Gebiet «Maschtgrabe» in Zuzgen realisiert werden soll.

### Biodiversität fördern

Der Verein, der rund 75 Aktiv-Mitglieder und zahlreiche Gönner zählt, kann an dieser idyllischen Lage ein ehemaliges Bienenhaus für die nächsten 30 Jahre pachten. Es soll grundlegend renoviert werden. «Das Bienenhaus ist geräumig und die Bienenkästen können vom Rest des Bienenhauses abgetrennt werden», schildert Projektleiter André Lanz. Zusammen mit der Erneuerung des Gebäudes wird die knapp 25 Aren grosse Parzelle neugestaltet und aufgewertet. Geplant sind unter anderem Strukturen für Wildbienen, Insekten und weitere Bestäuber. Damit will der Verein die Biodiver-



Sie sind die treibenden Kräfte des «Bienenzentrums»: Michael Schindler (von links), Brigitte Denk, Anna Tina Heuss und André Lanz.

Foto: Valentin Zumsteg

sität fördern und ein ideales Umfeld schaffen. «Wenn alles nach Plan klappt, können wir ab Sommer oder Herbst 2025 das Bienenzentrum in Betrieb nehmen», sagt Brigitte Denk.

Der Imkerverein Bezirk Rheinfelden, der wie viele andere mit der Überalterung kämpft, bietet mit dem geplanten «Bienenzentrum» allen Interessierten fundierte Einblicke in die Bienenhaltung und die ökologischen Zusammenhänge. Neben Imkern sollen unter anderem Schulen und Vereine von der neuen Infrastruktur profitieren. «Es wird auch ein Platz für die Öffentlichkeit», sagt Brigitte Denk.

Damit möchte der Verein dazu beitragen, den Imker-Nachwuchs zu sichern.

### «Ein wichtiges Projekt, das alle angeht»

Zum neuen Zentrum gehört eine sogenannte Belegstelle, die vom heutigen Standort auf dem Chriesberg in Zuzgen in den Maschtgrabe verlegt wird. Diese Belegstelle dient der Zucht von gesunden und vitalen Königinnen und soll allen Imkerinnen und Imkern im Fricktal zur Verfügung stehen. Die Verantwortlichen des Vereins rechnen damit, dass künftig mindestens 20 Bienenvölker zum neuen Zentrum gehören wer-

den. Das alles ist nicht gratis zu haben: Es wird mit Kosten von über 160 000 Franken gerechnet. Das kann der Verein nicht allein stemmen, deswegen ist er auf finanzielle Unterstützung von Stiftungen, Firmen und Privatpersonen angewiesen. Eine Anfrage bei Swisslos ist bereits deponiert. Sobald die ersten 30 000 Franken zusammen sind, soll es so richtig losgehen. Die Mitglieder des Vereins werden zudem viel Fronarbeit leisten, um die Pläne umzusetzen. Brigitte Denk betont: «Das ist ein wichtiges Projekt, das alle angeht.»

www.bienenzentrum-fricktal.ch

## Leicht höhere Arbeitslosigkeit

AARGAU. Bei den sieben Aargauer Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) waren per Ende Oktober 159 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote ist um 0,1 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sie um 0,6 Prozentpunkte zugenommen. Schweizweit blieb die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat unverändert und lag bei 2,5 Prozent, im Vergleich zum Vorjahr legte sie um 0,5 Prozentpunkte zu. Per Ende Oktober 2024 wurden im Aargau insgesamt 16 216 Stellensuchende registriert, 408 mehr als im Vormonat. Im Bezirk Laufenburg beträgt die Arbeitslosigkeit 2,4 Prozent, im Bezirk Rheinfelden 2,7 Prozent. (nfz)

## Preis für freiwilliges Engagement

AARGAU. Aus den vielen eingereichten Projekten für den Aargauer Sozialpreis wurden von der Jury und dem Online-Voting drei Siegerprojekte gekürt und zwei Anerkennungspreise verliehen. Jubeln konnten die Teams der IG Alter Konsum in Suhr, der Suhrer Spielerei und des Pastoralraums Zurzach-Studenland für den Treff für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten. Der Preis wird von benevol Aargau und drei Aargauer Landeskirchen verliehen. (nfz)

## LESERBRIEF

### Infrastruktur dem Bedarf anpassen

Unser Land ist seit der Planung unseres Nationalstrassennetzes um mehr als die Hälfte an Einwohnern gewachsen; jedes Jahr kommt das Äquivalent einer Grossstadt dazu. Auch die Wirtschaftsleistung und somit die Menge der zu transportierenden Güter ist seither massiv angestiegen.

Wer unsere Autobahnen regelmässig benützt, wird feststellen, dass diese dem Bedarf nicht mehr entsprechen. Auch intensive Bemühungen seit 30 Jahren, immer mehr Waren und Menschen auf die Schiene zu verlegen, haben nicht zu einer Entlastung der Strassen geführt. Es ist illusorisch zu glauben, dass ein Verzicht auf die Beseitigung der Engpässe langfristig zu einer Verbesserung führen wird, im Gegenteil: Der Verkehr auf der Strasse wird weiter zunehmen, angetrieben durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. Das ist nicht ideologisch, das hat nichts mit dem politischen Willen zu tun, das ist einfach die Realität.

Dass die Schaffung von mehr Kapazität auf der Autobahn zu einer Entlastung führt und somit der Verkehr flüssiger, sicherer und weniger umweltbelastend wird, zeigen Beispiele wie die Nordtangente Basel, der Baregg-Tunnel oder die Walensee-Autobahn. Sie alle haben zudem zu deutlich besserer Lebensqualität in ihrer Umgebung geführt, weil die Staus durch Ortschaften und Quartiere aufgehört haben. Mit dem Bau des Rheintunnels, zum Beispiel, ist dies auch in Rheinfelden, Kaiseraugst, Pratteln und Birsfelden zu erwarten.

Darum gebietet sich ein Ja zur Beseitigung wichtiger Engpässe auf unseren Autobahnen am 24. November. Unsere Infrastruktur passt sich durch diese Bauten wieder dem Bedarf an, und zwar auf längere Frist. Ich stimme deshalb Ja zur Vorlage und hoffe, dass dies eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und -bürger auch tut.

DIMITRIOS PAPADOPOULOS,  
RHEINFELDEN